

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	VII
<i>§ 1 Einleitung, Definitionen und zentrale Thesen . . . . .</i>	<i>1</i>
I. Themeneinführung und Problemaufriss . . . . .	1
II. Zivil- und Sozialversicherungsrecht . . . . .	4
1. Das Prinzip der Eigenverantwortung . . . . .	5
2. Wirtschaftliche Aufklärung und gesetzliche Zuzahlungs- verpflichtungen . . . . .	7
3. Sozialversicherungsrechtliche Qualitätsvorgaben und zivilrechtlicher Haftungsmaßstab . . . . .	9
4. Kostendruck und Standard . . . . .	11
III. Die Begriffe der Kollision und der Teilrechtsordnung . . . . .	14
1. Kollision . . . . .	14
2. Teilrechtsgebiet/Teilrechtsordnung . . . . .	15
a) Gewachsene Strukturen und gelebte Einteilungen – Das äußere System und die benannten Lebensbereiche als Anhaltspunkt	17
b) Extrapolationsfähige Zweckverfolgung – Das innere System der Rechtsordnung als taugliches Abgrenzungsmoment? . . . .	20
IV. Zentrale Thesen und Leitgedanken zur Gesetzesauslegung im Fall rechtsgebietsübergreifender Normenkollisionen . . . . .	22
V. Begrenzung des Untersuchungsgegenstandes . . . . .	25
VI. Gang der Darstellung . . . . .	27
<i>§ 2 Soziologie der Rechtswissenschaft und Rechtspraxis . . . . .</i>	<i>29</i>
I. Vorbemerkungen . . . . .	29
1. Warum Rechtssoziologie? . . . . .	29
2. Das deduktiv verfasste, induktiv lernende System . . . . .	32
II. Die Perspektive der Sozialwissenschaften – Konfliktlage zwischen Rechtswissenschaft und Sozialforschung . . . . .	37
III. Eingeführte Differenzierungen und Konsequenzen . . . . .	39
1. Grundunterscheidung nach hergebrachten Rechtsgebiets- einteilungen . . . . .	39

2. Zivil- vs. Sozialrecht . . . . .	40
3. Eingeführte Gerichtsbarkeiten . . . . .	46
4. Leitbilder hinter den gewachsenen Strukturen . . . . .	49
a) Markt vs. Staat . . . . .	49
b) Der historische Blick auf das öffentliche Gesundheitssystem in Deutschland . . . . .	50
c) Die Spannungslage im Medizinrecht de lege lata . . . . .	53
 § 3 <i>Methodischer Unterbau</i> . . . . .	 57
I. Normenkonkurrenz, Normenkollision – dogmatische Grundsatzüberlegungen . . . . .	59
1. Beschreibung des dogmatischen Ansatzes . . . . .	59
2. Systemdenken als zentrale Grundlage . . . . .	60
a) Der Systembegriff . . . . .	60
aa) Vorbemerkung – Relevanter Blickwinkel . . . . .	60
bb) Einheit und Ordnung – Abstrakte Grundsätze des allgemeinen Systembegriffs . . . . .	63
cc) Systemdenken im Recht . . . . .	63
(1) Bausteine des Rechtssystems . . . . .	64
(2) Bausteine wissenschaftlicher Systeme . . . . .	66
(3) Grundsätzliche Kategorisierung von Auslegungs- vorschlägen und denkbare Abweichungsmuster . . . . .	67
b) Einheit und Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung . . . . .	71
aa) Der Normwiderspruch . . . . .	72
bb) Wertungswidersprüche . . . . .	73
(1) Der Wertungswiderspruch – Eine Gegenstands- betrachtung . . . . .	74
(2) Keine Forderung der Rechtsordnung zum Gleichlauf der Teilrechtsordnungen . . . . .	77
(a) Die Einheit der Rechtsordnung als ungeschriebenes Prinzip . . . . .	78
(b) Der allgemeine Gleichheitssatz . . . . .	83
(c) Vorgaben des Rechtsstaatsprinzips . . . . .	88
(d) EU-Recht . . . . .	89
(3) Differenzierungsmöglichkeit/Differenzierungs- notwendigkeit – Eine Frage der Normanwendung und Normentwicklung . . . . .	90
II. Wert und Unzulänglichkeiten des klassischen Methodenkanons sowie anerkannter Kollisionsrechtsregeln . . . . .	91
1. Die Aufgabe der Auslegung . . . . .	91
2. Interpretation des Rechts und judikative Rechtserzeugung . . . . .	93

3. Die zentralen Ansätze hergebrachter Methodik der Auslegung und Anwendung . . . . .	96
a) Gesetzgeberische Linien, ihre Grenzen und ihre Lücken – die subjektive Teleologie als demokratischer Maßstab und die objektive Teleologie als geronnene Vernunft . . . . .	97
aa) Subjektive vs. objektive Theorie . . . . .	97
(1) Der verfassungsrechtlich verbürgte Vorranganspruch subjektiver Teleologie . . . . .	97
(2) Ermittlung des gesetzgeberischen Willens als Problem	99
(a) Der Gesetzgeber . . . . .	99
(b) Der Weg zum Willen des Gesetzgebers . . . . .	101
bb) Das Zirkelschlussproblem . . . . .	106
cc) Teilrechtsgebietsübergreifende Bezüge, Zwischenfazit und Einpassung der Folgeerwägungen . . . . .	107
b) Systematik – Das äußere und innere System . . . . .	108
aa) <i>Lex superior derogat legi inferiori</i> . . . . .	109
bb) <i>Lex posterior derogat legi priori</i> . . . . .	112
cc) <i>Lex specialis derogat legi generali</i> . . . . .	113
dd) Aussagegehalt des äußeren Systems der Rechtsordnung bei der systematischen Interpretation . . . . .	114
4. Weitergehende Vorschläge zum Umgang mit rechtsgebietsübergreifenden Normenkollisionen . . . . .	116
a) Wechselseitige Auffangordnungen . . . . .	117
b) Formelle und materielle Normrelationen – Konsistenz und Kohärenz als Leitmotive der Auslegung . . . . .	120
c) Die Delegationstheorie des Bundesarbeitsgerichts als Erkenntnisquelle? . . . . .	122
d) Die Doppelnormtheorie . . . . .	123
e) Speziell für die Privatrechtsgestaltung durch Sozialrecht: Die Ordnungsansätze von Deinert . . . . .	125
f) Ausstrahlungsthese und Optimierungsgebot – Sicherung praktischer Konkordanz im Recht und der Wert sorgfältigen prozeduralen Vorgehens . . . . .	127
5. Zwischenfazit . . . . .	129
 § 4 <i>Rechtstheorie vs. Rechtssoziologie – Überlegungen zwischen Theorie und Praxis</i> . . . . .	 131

§ 5 Normenkollisionen zwischen Vorschriften des Zivil- und Sozialversicherungsrechts in ausgewählten Problemkomplexen	135
I. Vorbemerkungen	135
II. Das Prinzip der Eigenverantwortung	136
1. Grundsätzliche Erwägungen zur Kollisionslage (Vorprüfung) – Eine intransparente Gemengelage	138
2. Eigenverantwortlichkeitserwägungen im Sozialversicherungs- und Entgeltrecht vs. haftungsrechtliche Ansätze (1. Stufe)	141
a) Zivilrechtliche Anknüpfungspunkte patientenseitiger Pflichten	141
aa) Haftungsrechtliche Zusammenhänge der Entgeltfrage	141
bb) Exkurs: Zivilrechtliche Behandlungspflicht trotz Ablehnung oder Kündigung	145
(1) Vorgaben der Berufsordnungen	146
(2) Die Behandlungspflichten der Leistungserbringer im Recht der zugelassenen Krankenhäuser und im Vertragsarztrecht	150
(3) Behandlungspflichten nach Landeskrankenhausrecht	151
(4) Sonderfall: Medizinische Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Hand	152
(5) Kontrahierungszwang nach allgemeinen Regeln	154
(6) Fortwirkende Garantenstellung und folgende Garantenpflichten	158
cc) Zwischenfazit	159
b) Eigenverantwortung im Sozialrecht	160
aa) Grenzen der kassenseitigen Leistungspflicht	160
(1) Verschuldensprinzip, Sanktionscharakter, sozialrechtliche Erziehung, Solidarprinzip	161
(2) Zwischenergebnis zur Eigenverantwortung der Versicherten	165
bb) Lastentragung	166
3. Die Gegenüberstellung der Metanormebenen (2. Stufe)	167
a) Erwägungen zum Arztrecht – Systemverständnis und Zweckrichtung	167
b) Prinzipien des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung	170
c) Kollisionserwägungen auf Metaebene	171
4. Begleitendes Nebeneinander und wechselseitige Schonung (3. Stufe)	171
5. Wesentliche Ergebnisse der Diskussion um die Eigenverantwortung	172

III. Wirtschaftliche Aufklärung und sozialversicherungsrechtliche Zuzahlungsverpflichtungen . . . . .	173
1. Problembeschreibung und rechtsgebietsübergreifende Normenkollision (Vorprüfung). . . . .	173
2. Sozialversicherungsrechtliche Zuzahlungsverpflichtungen im Kontext des § 630c Abs. 3 S. 1 BGB (1. Stufe) . . . . .	175
a) Ausgangsnorm und Praxisproblematik . . . . .	175
b) Wortlautinterpretation . . . . .	176
c) Systematische Erfassung und teleologische Erwägungen . . . . .	177
3. Die sozialversicherungsrechtliche Perspektive . . . . .	184
a) Normstruktur und fehlende gesetzliche Erfassung der Informationsproblematik . . . . .	184
b) Verhältnis von Krankenkassenträgern zu den Versicherten und den Leistungserbringern . . . . .	185
c) Teleologie der Zuzahlungsverpflichtungen . . . . .	188
d) Zwischenfazit . . . . .	188
4. Systemerwägungen im Sozialversicherungsrecht vs. Mechanismen des zivilrechtlich regulierten Behandlungsvertrages (2. Stufe). . . . .	189
a) Teleologie der Metaebenen . . . . .	189
b) Kollision der Metaebenen . . . . .	191
5. Ausgestaltung verbindender Schnittstellen (3. Stufe) . . . . .	192
6. Wesentliche Ergebnisse . . . . .	194
IV. Sozialversicherungsrechtliche Qualitätsvorgaben und zivilrechtlicher Haftungsmaßstab . . . . .	194
1. Ein offenkundiges Problem kollidierender Teilrechtsordnungen (Vorprüfung) . . . . .	194
2. Grundsatzwertungen im arztrechtlichen Standard vs. . . . . sozialversicherungsrechtliches Gefüge der Qualitätssicherung (1. Stufe) . . . . .	196
a) Leitgedanken zu § 630a Abs. 2 BGB und dem zivilrechtlichen Haftungsansatz . . . . .	196
aa) Der Standardbegriff nach der gesetzlichen Konzeption . . . . .	196
bb) Judikative Wertausfüllung . . . . .	199
cc) Vergleich der angeführten Judikatur . . . . .	201
dd) Stellungnahme . . . . .	202
b) Erwägungen zum GKV-System und zu den §§ 135 ff. SGB V . . . . .	203
aa) Regelungsstruktur und die Macht des Gemeinsamen Bundesausschusses . . . . .	203
bb) Adressatenkreis des Regelungskonzepts . . . . .	206
cc) Grundgedanken zu den §§ 2, 12, 135 ff. SGB V . . . . .	207
dd) Sonderproblem: Legitimation des Gemeinsamen Bundesausschusses . . . . .	211

3. Kollidierende Metaebenen (2. Stufe) . . . . .	213
a) Zivilrechtlicher Haftungsmaßstab und sozialversicherungs- rechtliche Qualitätsvorgaben als Einheit? . . . . .	213
b) Berücksichtigungsfähigkeit der Entscheidungen des Gemeinsamen Bundesausschusses . . . . .	215
4. Erkenntnisse für die konkreten Normenkollisionen – Ausstrahlungsthese (3. Stufe) . . . . .	216
a) Sekundäre Darlegungslast der Behandlungsseite . . . . .	216
b) Vorgaben des § 630h BGB . . . . .	217
c) Beweiserhebung, Beweiswürdigung – Parallele zu Unfallverhütungsvorschriften vs. Leitlinienansatz . . . . .	220
5. Wesentliche Ergebnisse . . . . .	223
V. Kostendruck und Standard . . . . .	224
1. Grundlegender Diskussionsansatz und Kollisionsfeststellung (Vorprüfung) . . . . .	224
a) Unerkannte Eileiterschwangerschaft – Befunderhebung und Wirtschaftlichkeit . . . . .	225
b) Ausgereiztes Budget . . . . .	226
c) Liposuktion – Nicht anerkannte Methode mit Standardpotential . . . . .	227
d) Nähere Beschreibung der rechtsgebietsübergreifenden Kollisionslage . . . . .	229
2. Sozialversicherungsrechtliche Ökonomisierung des Gesundheitssektors vs. zivilrechtliches Haftungsrecht (1. Stufe) . . . . .	231
a) Das sozialversicherungsrechtliche Qualitätsverständnis . . . . .	231
b) Der zivilrechtliche Haftungsmaßstab . . . . .	235
c) Kollisionserörterung – Verhaltensvorgaben aus zivil- und sozialrechtlicher Sicht . . . . .	237
aa) Kostentragung und Schutzkonzept der Aufklärungs- pflichten – Keine eigenmächtige Standardunterschreitung im Zivilrecht . . . . .	237
bb) Standardunterschreitung durch Vereinbarung . . . . .	239
(1) Rechtsgeschäftliche Vereinbarung gemäß § 630a Abs. 2 2. HS. BGB . . . . .	241
(a) Gesetzeswortlaut und subjektive Teleologie . . . . .	242
(b) Hergebrachte Judikatur als Näherung der subjektiven Teleologie . . . . .	244
(c) Weitere Ansätze . . . . .	247
(2) Einwilligung gemäß § 630d Abs. 1 BGB – deliktische Einwilligung . . . . .	250

cc) Grenzen der Behandlungsverweigerung ohne Modifikationen des Sorgfaltsmaßstabs – Die Parallele zum Kontrahierungszwang . . . . .	251
dd) Zulässigkeit ökonomischer Motive . . . . .	253
3. Die Metaebene im Kostenstreit (2. Stufe). . . . .	255
a) Haftungsrecht als Freiheitsrecht . . . . .	255
b) Ergänzungen aus sozialrechtlicher Perspektive . . . . .	258
4. Lösungsvorschläge aus kollisionsrechtlicher Sicht (3. Stufe) und wesentliche Ergebnisse . . . . .	259
 § 6 <i>Verfahrensrechtliche Absicherung</i> . . . . .	263
I. Ansätze für eine Forcierung der Berücksichtigung durch die Judikative . . . . .	263
1. Vortragsrecht, Recht auf Rechtsgespräch und Sachverständigenbefragung . . . . .	263
2. Besorgnis der Befangenheit . . . . .	266
3. Rechtsbehelfsverfahren, insbesondere Einlegen von Rechtsmitteln . . . . .	267
4. Judikative Begründungspflicht . . . . .	268
II. Detailerwägungen zur judikativen Begründungspflicht . . . . .	270
1. Revision, Nichtzulassungsbeschwerde und absolute Revisionsgründe . . . . .	270
a) Revision und Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	270
b) Erfolg des Rechtsmittels und absolute Revisionsgründe . . . . .	271
aa) Grundsätze des Rechts auf rechtliches Gehör . . . . .	272
bb) Die richterliche Begründungspflicht als Brücke in die fachgerichtliche Überprüfung . . . . .	275
2. Die in der Rechtsprechung anerkannten Maßstäbe zur rügefähigen Unvollständigkeit und Unvollkommenheit von Entscheidungsgründen . . . . .	277
3. Einpassung des Problems rechtsgebietsübergreifender Normenkollisionen . . . . .	279
a) Differenzierung nach Parteiverhalten und Umfang richterlicher Begründung . . . . .	279
b) Analyse . . . . .	280
aa) Fallvariante (i). . . . .	280
(1) Grundsätzliches Gebot der Aufnahme in die Entscheidungsgründe . . . . .	280
(2) Gehörsverletzung und erwägenswerte Zulassungsgründe . . . . .	282
bb) Fallvariante (ii) . . . . .	283

(1) Erfassung der Problemstellung . . . . .	283
(2) Stellungnahme . . . . .	284
cc) Fallvariante (iii). . . . .	285
dd) Fallvarianten (iv)–(vi) . . . . .	285
§ 7 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse . . . . .	289
Literatur- und Quellenverzeichnis . . . . .	301
Sachregister . . . . .	331